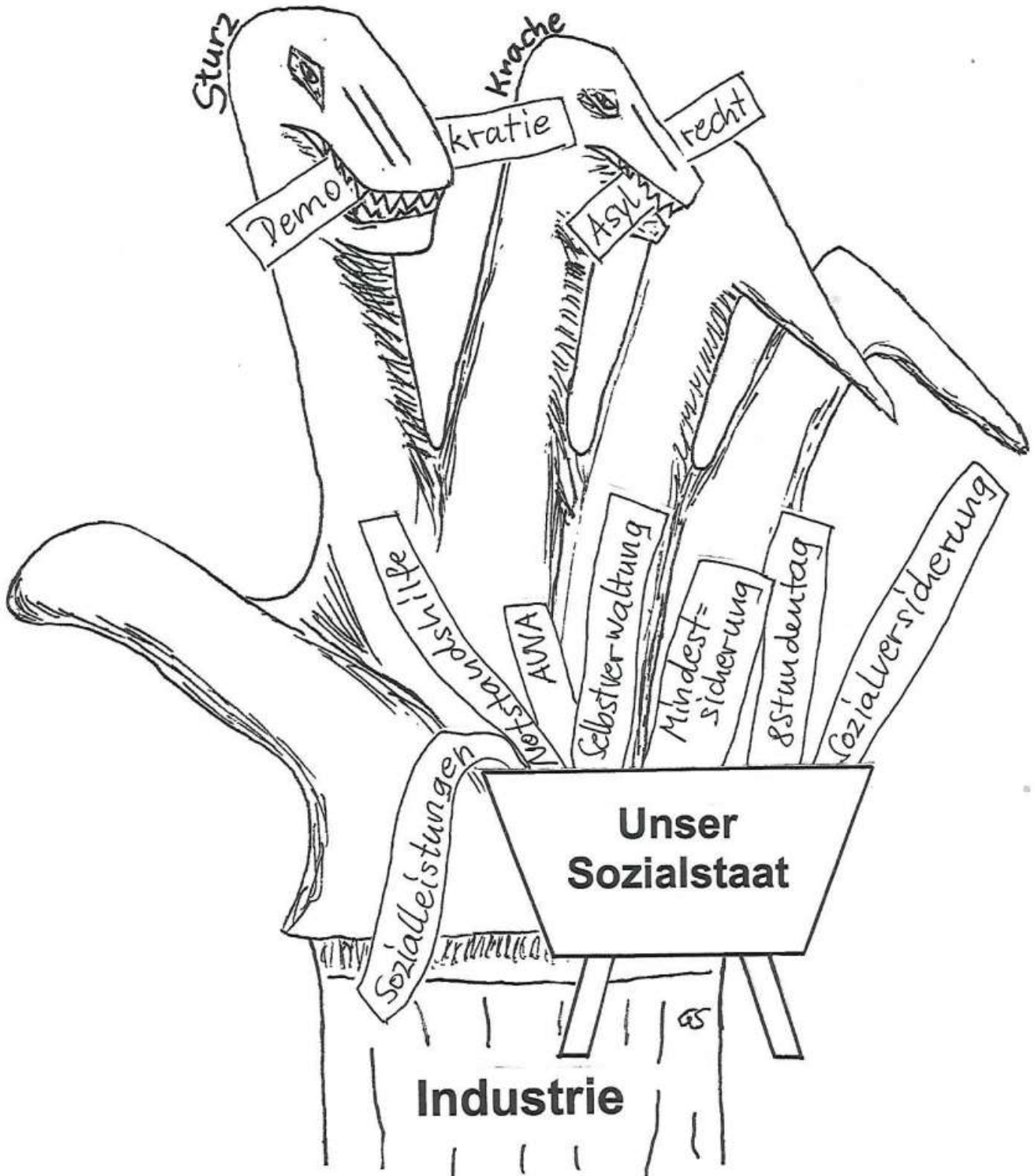




Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien

Nr. 3/ Juli 2018



Liebe KollegInnen und Kollegen!

Die türkis-blaue Regierung geht mit einem Höllentempo daran, schwer und blutig erkämpfte Errungenschaften und Rechte der Arbeiter und Angestellten der letzten 100 Jahre zu zertrümmern. Auffällig: Immer wenn ein neuer Angriff auf die arbeitenden Menschen gefahren wird, wird die „Asylfrage“, das „Kopftuchverbot“, die „Flüchtlingsrouten“ („Albanienroute“) usw. von der Regierung in der Medienküche hochgekocht, ohne tatsächlich Lösungen dafür anzubieten (z.B. mehr Deutschkurse, mehr Jobs usw.)

Sozialversicherung

Die geplante Zerschlagung der AUVA, die Zerstörung der Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten über ihre Versicherungsgelder (Selbstverwaltung) in den Gebietskrankenkassen (derzeit 4:1 für die Arbeiter- und Angestelltenvertreter) durch Besetzung mit 50% durch Wirtschaftsvertreter und darüber hinaus durch Regierungsvertreter, sodass die Arbeitnehmerseite immer überstimmt werden kann, hat schwer wiegende Auswirkungen auf z.B. Zuerkennung von Medikamenten, Rezeptgebühren, Genehmigung von Kuraufenthalten, Invaliditätspensionen, die Höhe von Selbstbehalten oder auf die Zuweisung zu und die Qualität von Unfalls- und Spitalsbehandlungen!

Hingegen sollen bei der Bauern- und Gewerbeversicherung (die zu einem Träger zusammengelegt werden sollen), bei der Beamtenversicherung und bei den Krankenfürsorgeanstalten (KFA) zu 100% die VertreterInnen aus den eigenen Reihen kommen, also sehr wohl weiterhin Selbstverwaltung herrschen und auch keine Harmonisierung der Leistungen nach unten – wie bei den Gebietskrankenkassen laut Industriellenchef Kapsch verlangt, stattfinden.

Wir haben schon in unseren vorangegangenen Aussendungen nachgewiesen, dass die Regierung im Interesse der Industrie die Sozialversicherungen, vor allem gegen die Interessen und auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter- und Angestellten, angefangen mit der AUVA, zerschlagen will. So soll die Gebietskrankenkassen (GKKs) umgefärbt und zur „ÖGK“ zentralisiert („verstaatlicht“) werden und die AUVA in die GKKs aufgelöst werden. Damit ersparen sich die Unternehmer nicht nur 1,5 Milliarden Euro jährlich, sondern wird so bei den GKKs ein „Defizit“ provoziert, das dann zuerst die Unfallheilbehandlung und die Unfallberentung vor allem bei Arbeitern und Angestellten erschwert, reduziert oder gar verunmöglicht und als Vorwand für Teil- oder Totalprivatisierung der UKHs und der Sozialversicherung usw. verwendet werden wird.

Hirngespinnste? Leider nein: Das haben schon in der Vergangenheit die mutwilligen Privatisierungen von Verstaatlichter Industrie, Post und Telekom zugunsten privater, vor allem ausländischer

(deutscher) Konzerne gezeigt, angebahnt von der Rot-Blauen-Koalition ab 1983 und dann der Rot-Schwarzen-Koalition ab 1986 und nicht zuletzt abgeschlossen unter Schwarz-Blau I von 2000 bis 2006 und nicht zurückgenommen von den Rot-Schwarzen Regierungen seither. Nutznießer: das in- und ausländische Privatkapital, das so gemästet wurde, dass es soviel Geld hatte, dass es dann auf Kosten gesamter Volkswirtschaften an den Börsen spekulieren konnte.

Überblick zur „Reform“ der Sozialversicherung inklusive der AUVA

- **21 Sozialversicherungsträger sollen auf maximal 5 zusammengelegt** und 1 Milliarde Euro dadurch eingespart werden. Dazu meldet sich Ex-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) mit einer vernichtenden Kritik zu Wort: „Österreich hat die niedrigsten Verwaltungskosten im Gesundheitsbereich. Das heißt: Da geht kaum ein Millimeter. Schon gar keine Milliarde.“
- **Die österreichische Sozialversicherung hat 2-3% Verwaltungskosten, Private Krankenversicherungen bis zu 31,8%! (Quelle: OECD)**



Leistungsharmonisierung?

- **Selbst nach dieser Zusammenlegung bleiben unterschiedliche Beitragsgrundlagen und Leistungen bei den Bauern, den Gewerbe-**

treibenden und den Beamten **aufrecht**. Es erfolgt bei weitem **keine echte Harmonisierung**, wie man uns das in einer medial hochgekochten Reform schmackhaft vorzugaukeln versucht.

- Um **irgendwo her eine halbe Milliarde** als Einsparungspotential herzeigen zu können, versucht man diese 500 Millionen bei der AUVA 'einzusparen'. Sieht man sich die finanzielle Gebarung der AUVA an, erkennt selbst jeder Laie auf Anhieb, dass **dieses Geld nicht zu lukrieren** ist, **ohne die AUVA nicht gleichzeitig in den Bankrott zu schicken**.

Jahresbudget der AUVA	Euro
Prävention	72,8 Mio
Verwaltung	92,4 Mio
Rehabilitation	92,8 Mio
Heilbehandlung	441,8 Mio
Unfallrenten	504,5 Mio
geplante Kürzung	- 500,0 Mio

Also bitte, wo soll da die 1/2 Milliarde herkommen? - Rechenkünstler bitte dringend melden!!

- In den nächsten fünf Jahren - bis 2023 - sollen **im System** (in welchem?!) **1 Milliarde eingespart** werden, angeblich für die Versicherten! Wer um Himmels willen kann da dagegen sein? Nur leider sollen die propagierten Einsparungen, die laut türkis-blauem Plan selbstredend den Versicherten zugute kommen sollen, **durch Einsparungen bei der Organisation und bei den EDV-Kosten** zu holen sein. Dabei weiß man längst, dass **jede Umstrukturierung** erstmals über die Jahre **Mehrkosten** nach sich zieht, aber **auf keinen Fall schnelle Einsparungen** bringt. Sei's drum, diese Einsparungen werden stets in schönen bunten Präsentationen angeführt, aber nur allzu selten werden diese auch wahr.
- **Sparen bei der Verwaltung und den Funktionären: von 2.000 auf 400 Funktionäre reduzieren.**

Tatsächlich gibt es nur 848 FunktionärInnen. Die Regierung zählte alle Doppelfunktionen dazu, z.B. müssen Vorstandsmitglieder auch Mitglieder der Generalversammlung sein. Es gibt dafür aber keine doppelte Funktionsgebühr. Und es gibt Stellvertreter, die nur aktiv werden können, wenn ein ordentliches Mitglied ausfällt. Übrigens: der Raiffeisenkonzern hat 16.000 Funktionäre – und

da regt sich keiner auf, im Gegenteil. So sagte deren Chef, Walter Rothensteiner im Kurier am 3.6.2018: „Natürlich ist das eine Macht, aber eben nicht eine, die einer alleine hat, sondern eine, die wir gemeinsam sind.“

- Rund 95% der aktiven SV-Funktionäre erhalten aber nur Sitzungsgeld und keine Funktionsgebühr!

Die Kosten pro Funktionär betragen jährlich nur € 0,40 pro Versicherten.



- Zukünftig soll die **Beitragseinhebung vom Finanzamt** übernommen werden. Die gesetzliche Prüfung seitens der Finanz beschränkt sich Kraft ihrer Funktion **auf eine zahlenmäßige Richtigkeit**.

Unser heutiges Sozialversicherungssystem (sprich **die SV-Träger**) prüft derzeit **ob auch die Grundlagen** (z.B. Kollektivvertrag, etc.) **stimmen** und erreicht dadurch eine 99,7 % Quote.

- Das Geld würde dann beim Staat landen und nicht bei den Sozialversicherungen. Nicht ohne Sinn und Zweck wurde schon in der 1. Republik ein **selbstverwaltetes Sozialversicherungssystem aufgebaut**, das sich seither als eines der **weltweit für Versicherungsnehmer bestens bewährtes System** erwiesen hat.
- Die **von Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer entsandten Funktionäre verwalten treuhänderisch das Vermögen der Versicherten** und das seit Jahrzehnten – ohne den Einfluss einer Bundesregierung. Das ist auch in anderen Ländern ein Erfolgsrezept. Schwächt man dieses Konzept, ist man jeder Bundesregierung finanziell ausgeliefert!

(Quellen: Standard, Kurier, Profil, Wiener Zeitung, az-neu-eu, mein#aufstehn, AUVA, SVA, WGKK, ÖGB, AK, GPA-djp, vida, Hauptverband der Sozialversicherungsträger)

*

Wir haben uns in den letzten Monaten an vielen Veranstaltungen und Protesten gegen die Zerschlagung der AUVA und der SV sowie gegen sozial- und Demokratieabbau aktiv beteiligt.

Siehe dazu auch Flugblätter und Materialien auf unserer Homepage www.atomgegner.at



**Interview mit
einem Vertreter der Plattform proSV
zur geplanten Zerschlagung von
Sozialversicherung und AUVA
auf w24 TV:**

<https://www.w24.at/Sendungen-A-Z/24-StundenWien/uebersicht?video=11328>

„Arbeitszeitflexibilisierung“

12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche

Schon heute leisten in Österreich die Menschen 250 Millionen Überstunden, 50 Millionen davon ohne Bezahlung oder Zeitausgleich. Laut AKOÖ macht diese Nichtbezahlung rund 1 Milliarde Euro im Jahr aus, die den arbeitenden Menschen vorenthalten, also ungesetzlich geraubt werden.

Die jetzige „Arbeitszeitflexibilisierung“ soll diesen Zustand unter dem Vorwand der „Freiwilligkeit“ legalisieren. Jedes Kind weiß, wer einem 12-Stunden-Tag oder einer 60-Stundenwoche nicht zustimmt, der fliegt, verliert seinen Job mit katastrophalen Folgen für sich selbst und die Familien. Überstundenzahlungen sollen – sofern sie überhaupt gewährt werden – bis zum Sankt Nimmerleinstag aufgeschoben werden. Das würde bedeuten (siehe oben), dass die Unternehmer – vorsichtig gerechnet – im Jahr 5 Milliarden Euro an Arbeitsleistung gratis bekommen sollen. Kein Wunder, dass Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer die Regierung loben.

Die AK zum 12-Stunden-Tag

„Freiwilligkeit“: *„Im Arbeitsrecht gilt für alle ArbeitnehmerInnen die grundsätzliche Verpflichtung zur Überstundenleistung. Überstunden können nur in begründeten Fällen abgelehnt werden. Wer ablehnt, riskiert die fristlose Entlassung. Erst im Nachhinein prüft das zuständige Gericht, ob die Ablehnung berechtigt war. Da ist der Job schon weg.“*

Lange Freizeitblöcke oder kürzere Arbeitswochen?

„Nein, leider nicht. Die neue Regelung ermöglicht ja ausdrücklich auch 60-Stunden-Wochen, und das durchaus auch wochenlang hintereinander. Grundsätzlich werden diese Überstunden in Geld abgegolten. Zeitausgleich bekommt man nur, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer das beide vereinbaren wollen. ArbeitnehmerInnen können sich die Form der Abgeltung nicht einfach aussuchen und das neue Gesetz gibt dazu auch keinerlei Wahlmöglichkeit. Ob es im Anschluss an Überstundenmarathons auch längere Freizeitphasen gibt, hängt ausschließlich vom guten Willen des Arbeitgebers ab. Die ArbeitnehmerInnen haben darauf kein verbrieftes Recht und können baldigen Zeitausgleich juristisch nicht durchsetzen.“

Werden Überstundenzuschläge auch bei der neuen Regelung ausbezahlt?

„Angeordnete Überstunden müssen nach wie vor samt Zuschlägen bezahlt werden. Hart getroffen sind aber all jene ArbeitnehmerInnen mit einer Gleitzeitvereinbarung: Wenn im Rahmen der Gleitzeit 12 Stunden gearbeitet wird, gibt es anders als bisher für die 11. und 12. Stunde keinen Überstundenzuschlag – diese Stunden werden 1:1 abgegolten. Es ist also zu befürchten, dass für mehr und mehr Arbeitsverhältnisse eine solche Gleitzeitvereinbarung getroffen wird. Die kann ein Arbeitnehmer zwar theoretisch ablehnen, praktisch wird das aber harte Konsequenzen haben bzw. er bekommt einfach den Job nicht.“

Kann man Zeitguthaben sicher innerhalb einer bestimmten Zeit konsumieren?

„Nein, hier gibt es leider Verschlechterungen. Bisher musste am Ende einer Durchrechnungsperiode klar Schiff gemacht werden: Übergroße Zeitguthaben wurden abgebaut. Jetzt ist geplant, dass man Zeitguthaben mehrmals in den nächsten Durchrechnungszeitraum verschieben kann. Im Klartext: Die ArbeitnehmerInnen sollen ewig Zeitguthaben vor sich herschieben, bis es den ArbeitgeberInnen endlich mal passt, dass sie konsumiert werden. Bei notorisch unterbesetzten Stellen ist das der St. Nimmerleinstag. Man kann sich das vorstellen wie die Bugwelle vor einem Schiff.“

Gesundheitsrisiken von 12 Stunden-Arbeit

Univ. Doz. Dr. Johannes Gärtner, Wissenschaftler und Obmann der Arbeitszeitgesellschaft zum Initiativantrag der Regierung zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes (AZG): „Betriebswirtschaftlich bringt die Novelle klare Vorteile und legalisiert vorhandene Praktiken.“ Und aus arbeitswissenschaftlicher Sicht: „Nur unter günstigen Umständen und bei seltener Nutzung sind die Auswirkungen der Novelle nicht aufregend, punktuell sogar eher vorteilhaft. Bei ungünstigen Umständen (z.B. belastende oder risikoreiche Arbeit, lange Anfahrt, Betreuungspflichten) und/oder starker Nutzung sind erhebliche Gesundheitsrisiken und Unfälle zu erwarten.“

12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche bedeuten:

- Arbeitszwang
- Lohndumping
- Lohnraub
- Gesetzlich organisierter Sozialbetrug
- Freizeitraub
- Gesundheitsraub
- Lebens(zeit)raub

*

Weitere Maßnahmen der Regierung gegen die eigene Bevölkerung

* Kürzung der Familienbeihilfe für die Masse der Bevölkerung unter dem menschenverachtenden Vorwand, das treffe „nur“ ausländische Mehrkindfamilien.

* Streichung der Notstandshilfe, Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Mindestsicherung für die Masse der Bevölkerung unter dem menschenverachtenden Vorwand, das betreffe „nur“ „Flüchtlinge“.

* Gesetzlich verordnete Bspitzelung von Kranken ab 2019, aber in jeder 10. Firma sind Betrug und Schmiergeldzahlung (lt. Kronen-Zeitung vom 30.5.2018) üblich, und sollen zudem Strafen für Unternehmer und Konzerne bei Verstößen gegen Arbeitszeit, Arbeitsschutz usw. demnächst gesetzlich „gedeckt“ werden.

* Aufrüstung von Polizei und Militär unter dem Vorwand von Sicherheit und Schutz auf Kosten von Sicherheit und Schutz durch den Sozialstaat.

* Noch mehr Freiheit für Konzerne, aber Zwangsjacke für die arbeitenden Menschen. Die CETA-Zustimmung im Parlament bedeutet noch mehr Freiheit für Konzernwillkür, während arbeitende Menschen im Betrieb immer mehr unter das direkte Unternehmerdiktat mit immer weniger Arbeitsschutz gestellt werden.

* Steuergeschenke an große Immobilienkonzerne, immer höhere Mieten und Aushöhlung des Mieterschutzes für die Masse der Bevölkerung

* und viele Ungeheuerlichkeiten mehr ...

Insgesamt wird mit der Mehrheit im Parlament gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Politik gemacht!

ÖGB, SPÖ, Gewerkschaften und AK müssen sofort aufhören, noch auf die Regierung oder die Sozialpartnerschaft zu hoffen. Die „rote Linie“ ist längst überschritten, Industrie und Regierung wollen gar nicht mehr „auf Augenhöhe“ mit ihnen reden, sie pfeifen auf Gewerkschaft, AK und Betriebsräte, wollen einseitig diktieren. ÖGB und AK müssen endlich begreifen, dass die Herrschenden keine „Sozialpartnerschaft“ mehr wollen, längst eine reine „Kapitalherrschaft“ mit der Regierung gegen die arbeitenden Menschen ausüben.

Dagegen hilft nur Aufklären, Protest, Widerstand, Massenprotest und Streik zu organisieren dort wo es den Herrschenden weh tut: im Betrieb und auf der Straße.



Demo des ÖGB **ÖGB**

NEIN zur 60-Stunden-Woche

30.6.2018
Treffpunkt: 14:00, Wien Westbahnhof

CETA zum Durchwinken – auch gegen den Bevölkerungswillen

Durchwinken, das scheint die aktuelle Form der parlamentarischen Gesetzesbildung zu sein: Sozialversicherungs-„Reform“ durchgewunken, CETA-Zustimmung durchgewunken.

Man hat ja die parlamentarische Mehrheit und zur Not stehen die NEOS für eine Verfassungsmehrheit bereit. Zur Erinnerung: Die letzte Regierung unter **Kanzler Kern** hatte die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung von CETA auf EU-Ebene nicht zuzustimmen. **„Auf komplexe Fragen wie die Freihandelsabkommen CETA und TTIP sind keine einfachen Antworten zu finden“** sagte damals vor eineinhalb Jahren SPÖ-Chef Christian Kern und führte eine Mitgliederbefragung durch. 88% forderten dabei, **Österreich möge der vorläufigen Anwendung von CETA auf EU-Ebene NICHT zustimmen**. Gleichzeitig lief ein von SPÖ-Bürgermeistern eingeleitetes Volksbegehren an, welches letztlich knapp **600.000 Unterschriften gegen CETA** erzielte. Trotz des eindeutigen Votums und der eindeutigen Stimmung in der Bevölkerung gegen dieses Handelsabkommen fiel der SPÖ-Kanzler um und folgte brav der „EU-Mutti“ Merkel in Berlin und dem EU-Paten Juncker in Brüssel und sagte **JA zu der vorläufigen Anwendung von CETA**. Er verbrämte diesen Umfaller mit einem rechtlich unverbindlichen „Beipackzettel“, der wie die Bei-packzettel von Medikamenten zumeist ungelesen weggeworfen wird. Liest man nämlich die potenziellen Gefahren, die mit der Anwendung verbunden sind, dann sind diese oft wesentlich größer als die des gesundheitlichen Gebrechens. Auch der Kern'sche Beipackzettel landete im Brüsseler Papierkorb, trotzdem meinte Kern, dem Abkommen seien damit die **„Giftzähne“** gezogen und über die Schiedsgerichte könnte dann das Parlament noch abstimmen. Die rechten Ritter oder Burschenschafter von der FPÖ posaunten im damaligen Wahlkampf noch laut gegen CETA und plakatierten **„CETA nur über eine Volksabstimmung“**. Hofer sagte, dass er einen CETA Gesetzesbeschluss als Bundespräsident niemals ohne eine Volksabstimmung unterschreiben würde. Nun, in der Regierung mit der türkisen Kurz-ÖVP, fällt auch die FPÖ plötzlich um und ist für dieses Abkommen. Überraschung ist das keine; wenn man nur auf dem rechten Fuß steht, oder nur ein rechtes Standbein hat, genügt schon ein „kurzer“ Schubser um Umzufallen.

Zur Beschönigung für diese Peinlichkeit holen sie den Kern'schen Beipackzettel aus dem Papierkorb und sagen die „Giftzähne“ seien gezogen und wenn es uns nicht gefällt, kann man ja auch wieder aus dem Vertrag aussteigen. Der nunmehrige Infrastrukturminister Hofer bemerkt, immer noch etwas gekränkt: **„Er hätte als Präsident nicht unterschrieben, die Österreicher hätten aber den**

CETA-Befürworter Van der Bellen vorgezogen und das haben sie nun“.

Die Geschichten von den Giftzähnen und der Kündbarkeit dieses Abkommens sind zwar nett, sie täuschen aber darüber hinweg, dass, wenn man schon beim Schlangenvergleich bleibt, dieses Abkommen keiner Giftschlange, sondern einer langsam wirksamen Würgeschlange gleicht und diese hat bekanntlich keine Giftzähne. Das Abkommen ist zwar durch einen Parlamentsbeschluss mit einer halbjährigen Kündungsfrist kündbar, **die negativen Nebenwirkungen, wie die Schiedsgerichte, die zu Gunsten der Konzernprofite die Demokratie aushebeln, sind aber für weitere 20 Jahre rechtlich verpflichtend**.



Die SPÖ hätte nun durch das Wahlergebnis in Kärnten im Bundesrat die Möglichkeit dieses Gesetz zur Ratifizierung von CETA aufzuhalten und eine Volksabstimmung anzustreben. Stattdessen wird krampfhaft geübt, wie man auch noch im Liegen Umfallen und dies der Bevölkerung als Aufstand vorgaukeln könnte. Kern verweist auf den von Hofer klar als **CETA-Befürworter** gekennzeichneten **Van der Bellen**, der nun seine Unterschrift verweigern sollte. Das heißt letztlich, alle unsere führenden Volksvertreter wollen gegen die Stimmung, den Willen und zum Schaden der Bevölkerung, dieses Abkommen für die multinationale Großindustrie. Über das Abkommen NAFTA von Kanada mit den USA bleibt nämlich auch ohne TTIP die USA im Boot und über den Commonwealth ist das aus der EU scheidende Großbritannien mit Kanada verbunden.

Man betrügt und belügt uns von allen Seiten und schiebt sich nur die Aufgabe zu, wer uns erklären soll, wie wichtig dieses einschnürende Abkommen für die Wirtschaft, „also uns alle“, wäre, und dass wir eigentlich froh und glücklich darüber sein müssten über so komplexe Aufgaben nicht befragt zu werden.

Atommüll-Lager in Österreich? Nein, danke!

Wir haben in unserer letzten Aussendung darüber berichtet, dass die Regierung die aufgrund des Widerstandes vor 27 Jahren eingestellte Atommüll-lagersuche wieder aufnehmen will. Dass es der Regierung nicht um „Entsorgung“, sondern um Atom(müll)geschäft in Österreich geht - völlig entgegen dem Volksentscheid –, zeigt der Versuch, den Prozess unbeachtet von der Öffentlichkeit in Gang zu setzen, indem sie für Stellungnahmen dazu, gerade einmal 6 Wochen Zeit einräumte (13.4. – 25.5.2018). Wir haben dazu am 9. Mai eine Stellungnahme an die Regierung übermittelt – siehe auf unserer Homepage: www.atomgegner.at

Auch die Waldviertler AtomgegnerInnen und die „Bürgerinitiativen gegen Atom-Müll (BIGA) – Solidarität der Atommüllstandorte Österreichs“, in der wir mitarbeiten, haben dazu Stellungnahmen abgegeben, in denen sie ein Atommülllager in Österreich eindeutig ablehnen. Im Gegensatz dazu haben einige grüne Landespolitiker oder Global

2000 in ihren Stellungnahmen an die Adresse der Regierung gemeint, dass man aus „moralischen“ Gründen ein österreichisches Atommülllager errichten müsse, weil man sonst nicht gegen Atommülllager im Ausland (z.B. Tschechien) protestieren könne. Dass die Länder an Österreichs Grenzen AKWs betreiben, Österreich aber nicht, wird hier (absichtlich?) nicht erwähnt. Will man da der Regierung Atomgeschäfts-Schützenhilfe leisten? Weiters beziehen sich die Genannten dabei unter anderem auch wieder auf Berichte des Ökologieinstituts, das schon vor 28 Jahren Gefälligkeitsstudien für die Regierung erstellte.

Die BIGA, die Bürgerinitiativen der Atommüll-Standorte Österreichs, lehnen jedenfalls begründet ein österreichisches Atommüll-Lager klipp und klar ab. So schreibt die BIGA in ihrer Stellungnahme (Hervorhebungen durch die Redaktion) unter anderem:



Bürgerinitiativen gegen Atom - Müll (BIGA)
Solidarität der Atommüll - Standorte Österreichs
PARTEIUNABHÄNGIG



„... Grundlegend wäre zu sagen, dass - hätte man von politischer Seite aus den Volksentscheid über die friedliche Nutzung (zivil und kommerziell) der Atomenergie vom 5. November 1978, in welchem die österreichische Bevölkerung sich gegen eine Atomnutzung entschieden hat, respektiert - wären uns allen diese Probleme erspart geblieben. Man hat aber entgegen dem Volksentscheid jahrelang Forschungsreaktoren in Österreich ebenso weiter betrieben, wie die Laboratorien der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) in Seibersdorf ...

Bereits am Beginn der 1990-er Jahre konnte nachgewiesen werden, dass der in Österreich anfallende Atommüll aus Medizin und Forschung kein Atommülllager benötigt, welches an einem der 16 dafür ausgesuchten Standorte als überdimensioniertes Tiefenendlager geplant war ...

Natürlich fragen wir uns, welche Idee wohl hinter der derzeit aktuell Lagersuche steckt? Hätte sich diese Vorstellung durchgesetzt, hätten wir derzeit in Österreich das einzige unterirdische Atommüll-Endlager der Welt. Es wäre wohl der Treppenwitz der Geschichte, wenn Österreich - das ein Atomsperrgesetz beschlossen hat, einen Volksentscheid gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie durchsetzen konnte, dessen Bevölkerung heute bereits so sensibilisiert ist, dass sich an die 90 % gegen die Atomenergie ausspricht, und sich gemeinsam mit Politikern (beispielsweise Frau

Minister Christine Köstinger) gegen Atommüll-endlager und neu zu errichtenden Atomkraftwerke entlang unserer Grenzen wehrt - das einzig atomare Tiefenendlager der Welt besitzen würde.

Für uns steht fest, dass wir für den schwachradioaktiven Abfall aus Medizin, Industrie und Forschung, welcher 95 % der Menge ausmacht - die eventuell zu lagern wäre - sicher auch heute kein End- noch ein Tiefenlager, benötigen ... Für den mittel- bis hochradioaktiven Müll aus den Forschungsreaktoren ..., welche ja gemäß der Rücknahmeverpflichtung an den Lieferanten (USA) rückgeliefert werden müssen ... sehen wir ebenfalls keinen Grund um mit Steuergelder ein teures Endlager zu bauen.

Etwas anders verhält es sich mit dem ... **hochradioaktiven Abfall der IAEA.** Dieser ... wird von der IAEA aus AKW-Betreiberstaaten und auch Atomwaffenstaaten zur Überprüfung gezogen und müsste sofort wieder als ausländischer Atommüll retourniert werden. **Dieser Atommüll dürfte nicht in Österreich konditioniert und in ein österreichisches Lager übernommen, sondern wie es das Gesetz erfordert in das Ursprungsland zurückgeschickt werden.**

Es wäre die Aufgabe der Arbeitsgruppe "Entsorgung" dies sofort anzugehen, statt sich über ein Endlager den Kopf zu zerbrechen, welches sowohl unnötig, als auch niemals mit dem Willen der Bevölkerung durchzusetzen sein wird, solange

solche Unklarheiten und fadenscheinige Begründungen vorgebracht werden ...

Es erscheint uns sehr verwirrend, dass im Nationalen Entsorgungsprogramm-Entwurf (NEP) davon gesprochen wird, "dass es sich bei dem in Österreich zur Entsorgung anfallenden radioaktiven Abfall ausschließlich um mehr als 95% schwach radioaktiven Abfall" handelt, aber trotzdem gleichzeitig im Anhang II auch ein "Geologisches Tiefenlager" für den österreichischen Atommüll in Betracht gezogen wird ...

Wenn man aber weiß, dass Ende der 1980er Jahre die Verbrennungsanlage in Seibersdorf, heute NES (Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH) um etwa das 3-fache vergrößert wurde, wohl in der Hoffnung für die Konditionierung ausländischen Atom- und Giftmülls (siehe Caorso-Fässer) und man im NEP liest, dass überlegt wird eine internationale Kooperation zur Errichtung eines gemeinsamen Lagers zu prüfen, so steht der Verdacht im Raum, es handelt sich hier um eine großartige Geschäftsidee für Regierung und Atomlobby, was auf Kosten der Bevölkerung gehen würde, die solch ein Endlager zu akzeptieren hätte.

Die Bevölkerung, egal aus welchem Teil Österreichs, würde nie ein Endlager akzeptieren, selbst wenn garantiert wird, dass es nur für inländischen schwach- und mittelradioaktiven Atommüll zugelassen sein würde. Wir meinen, dass heute niemand garantieren kann, dass hier nicht auch hochradioaktiver Müll - gegen möglicherweise gute Bezahlung - mitgemischt wird (Beispiel Caorso-Fässer).

Sie berufen sich im NEP auf die "EU-Richtlinie 2011/70/Euratom". Gerade diese "Richtlinie" bietet die Grundlage für ein Atommüllgeschäft, in welchem gemäß des EU/Euratom-Vertrages auch hochradioaktiver Müll und Abfall von AKW's aus anderen EU-Staaten deponiert werden kann, sofern ein Atommülllager besteht. Wobei unsererseits aber anzumerken ist, dass im EU-Beitrittsvertrag enthalten ist, dass Österreich auch als EU-Mitgliedsstaat in Hinblick auf Neutralität und Atom selbst entscheiden kann.

In Berufung auf die oben genannte "EU-Richtlinie" wird auch die hinterhältige Absicht dieser Regierung klar, warum sie mit größtem Tempo und möglichst leise und unbemerkt gegen den Willen der österreichischen Bevölkerung ein oder mehrere Atommüll-Endlager durchdrücken will. Im NEP fordern Sie ja geradezu eine Kooperation mit Staaten zur Errichtung eines gemeinsamen atomaren Endlagers. "In der internationalen Gemeinschaft wird eine regionale oder internationale Kooperation inzwischen als geeignete Option in der Endlagerfrage angesehen und es existieren entspre-

chende Initiativen für ein gemeinsames Vorgehen. Die Vor- und Nachteile einer Beteiligung Österreichs an einem gemeinsamen Endlager werden in einem Diskussionsprozess abzuwägen sein."

Das heißt aber auch im Klartext, dass, wenn wir ein oder mehrere Endlager in Österreich zulassen – und in dem Tempo wie die Regierung sich das vorstellt – wäre Österreich das erste Land in Europa, das über ein solches Endlager verfügen würde und folgerichtig den europäischen Müll importieren könnte. Eine Geschäftsidee, die sicher nicht im Sinne der österreichischen Bevölkerung sein kann!

Wir stellen nochmals fest:

Österreich benötigt kein Endlager für den atomaren österreichischen Müll und das werden wir an all den in Frage kommenden Standorten und in der Öffentlichkeit glaubwürdig vertreten ... Allein die Tatsache, dass die Frist für die Stellungnahme der NEP nur 1 1/2 Monate beträgt, beweist, dass hier eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit unerwünscht ist. Dazu passt auch die Tatsache, dass sie bereits vor der Veröffentlichung des NEP 2,5 Millionen Euro für die Atommüll-Endlagersuche budgetiert haben.

Für uns Österreicher heißt das, dass diese Regierung trotz gegenteiliger Unkenrufe nicht an einer demokratischen Diskussion und Öffentlichkeitsbeteiligung interessiert ist, Fakten und Folgen ihres Tuns verleugnet und bereit ist, die Bürger vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Ab sofort wollen wir eine detaillierte Auflistung der Herkunft des radioaktiven Abfalls, wobei besonderes Interesse daran besteht, wieviel schwach- und mittel-radioaktiver Müll mit hoch-radioaktivem vermischt wurde und weiterhin vermischt wird. Im Speziellen würde uns die Frage nach dem Termin der Rückstellung der 6.800 Fässer des radioaktiven Atommülls, welchen das italienische AKW Caorso zur Verbrennung nach Seibersdorf geliefert hat ebenso interessieren wie die Höhe der Bezahlung der Konditionierung."



Die ausführliche Stellungnahme der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ zum NEP findet sich auf unserer Homepage www.atomgegner.at

Neue Kernkraftanlagen in Dukovany braucht das Land nicht!

Grenzüberschreitendes Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren / Europäische Umweltverträglichkeitsprüfung (EVP) – ein kurzer Bericht eines Teilnehmers.

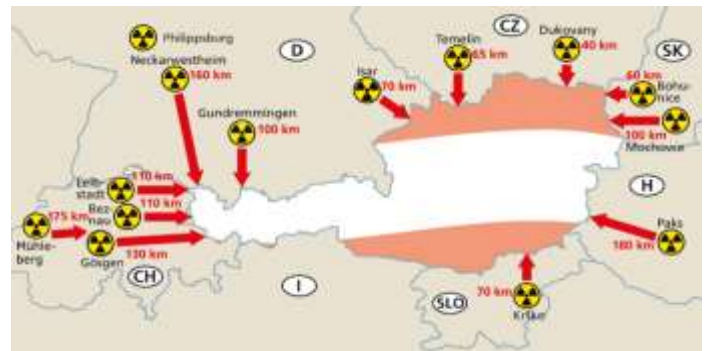
Ein ganz anderer Abend im Odeon-Theater, Taborstraße 10, 1020 Wien fand am 6. Juni 2018 vor einem ebenso anderen Publikum als sonst statt. Die öffentliche Erörterung der meines Wissens erste EVP in Zusammenhang mit neuen Atomkraftwerksplänen begann bereits um 15 Uhr.

Die Eröffnung erfolgte durch Mag. David Reinberger (Wiener Umweltanwaltschaft), der auch die Gesamtmoderation des Programms überhatte. Begrüßungsworte gab es durch Frau Botschafterin, Dr. Ivana Cervenkova, der Tschechischen Republik in Österreich und Landesrat Rudi Anschöber, als Vertreter der oberösterreichischen Landesregierung. Dr. Evzen Dolezal, vom Umweltministerium der Tschechischen Republik, hatte die Präsentation über das UVP- und Espoo-Verfahren Neue Kernkraftwerk Dukovany über. CEZ AKW, Betreiber- und ProjektwerberIn, war durch eine ganze Reihe von Experten (hauptsächlich TechnikerInnen) vertreten. Für die Präsentation des UVP-Berichts auf Tschechien bezogen waren Ing. Petr Mynar und Ing. Jiri Ribrid verantwortlich. Auf dessen Inhalt kann hier nicht eingegangen werden. Aber kurz gesagt: hier wurde eine Phallanx von atomenergiegläubigen, betreiberabhängigen TechnokratInnen aufgeboten, die AKW-Störfälle, Atomkatastrophen oder sonstige negativen Umweltauswirkungen mit dem Hinweis auf die höchste Verantwortung und der sicheren, tschechischen Atomtechnik vom Tisch zu wischen versuchte.

Mobilisierung der Bevölkerung durch verantwortliche PolitikerInnen nicht erfolgt!

Der Autor dieses Berichtes konnte zeitlich bedingt erst zur Dritten öffentlichen Diskussionsrunde anwesend sein. Zu diesem Zeitpunkt war die schwarze „Provisoriums Bühne“ des Odeon-Theaters nur mehr mäßig, dafür aber mit engagierten Menschen besetzt. Vielleicht wurde die Anhörung öffentlich zu wenig beworben. Es scheint hier hat die Politik bei uns nur auf ihren Wirkungsgrad gesetzt und dem europäischen Recht einen grenzenlosen Vertrauensvorschuss gegeben? Eigentlich hätte die Bevölkerung bei uns zu der Veranstaltung mobilisiert werden müssen, um damit der Betreiberfirma CEZ klar den Protest vor Augen zu führen. Erfahrene AKW-KritikerInnen sprechen auch von einem demokratischen Deckmäntelchen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), um auf diesem Weg

den Anschein der rechtmäßigen Absegnung des Projektverfahrens zu gewährleisten. Die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken ist wohl bewiesen (Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima) und das Festhalten an dieser todbringenden Industrie kann nur durch den Zusammenhang von AKW und Atomsprengköpfen gesehen werden: hochgiftiges Plutonium aus den „Kernkraftwerken“ (beliebter verniedlichender Name) für die unheilbringende Atom-Bombe!



Quelle/Grafik: Global 2000

Weiter offene Fragen an die tschechische AKW-Betreiberfirma CEZ

Im Rahmen der Anfragen an das Podium der BetreiberInnen wurden die radioaktive Lebensmittelverseuchung, Alternativenergien, die Gesundheit für die Bevölkerung, die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Unfalls (Risikoeinschätzung), oder die Wasserbeeinträchtigung, behandelt.

Meine persönlichen Fragen bezogen sich auf die Fragwürdigkeit des Ausbaus und ob nicht die zentrale Energiegewinnung (bzw. -versorgung) ein Auslaufmodell wäre in Hinblick auf mögliche energieautarke Häuser. Eine globale Welt sollte auf Solidarität aufbauen und im Falle der Atomenergie klar die katastrophalen gesundheitsschädlichen Auswirkungen aufzeigen [Hinweis: Epidemio-logische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken, Bundesamt für Strahlenschutz, 2007 – Link, Download unter: <http://doris.bfs.de/jspui/handle/urn:nbn:de:0221-20100317939>].

Schon der Uranabbau ist eine ökologische Katastrophe und ist sicherlich nicht für die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung eines anderen Landes förderlich (Anmerkung: der Skandal ist z.B. in Namibia werden die Folgen verschwiegen, wirtschaftlich abhängigen Frauen wird der Uranabbau als lukrative Beschäftigungschance verkauft und ebenso boomt der Aktienmarkt mit „schmutzigen“ Gewinnen!).

Die Gesundheitsgefährdung durch Uranabbau in einem anderen Land wurde beim geplanten Vorhaben durch die AKW-Betreiberfirma CEZ ignoriert [Filmhinweis You Tube: Yellow Cake – die Lüge von der sauberen Energie]

Welche gewässerökologischen Folgen gibt es in Zusammenhang mit Verwendung des Jihlava-Flusses für das Kühlwasser des AKW Dukovany?

Die Frage nach der Auswirkung auf die Gewässerökologie wurde unklar beantwortet. Einmal wurde von einer Einhaltung eines Temperaturanstieges von nur 0,5 Grad Celsius gesprochen, dann wieder doch in einem Teilstück bei heißen Tagen bis 22°C bis 24°C. Dies wäre für einen Fluss in diesen Breitengraden eindeutig zu viel!

Von einer Auswirkung auf die Gewässerökologie war im Grunde nichts zu erfahren [vgl. Flusswassererwärmung AKW Krümel, Link: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Krümel]

Kühlwasserprobleme-Notfallszenario: Wasser aus Feuerwehrlöschteichen!

1,2 bis 1,3 m³ pro Sekunde(!) werden für die Kühlung aus einem Staubecken (Rückstau der Jihlava) mit einer Wassermenge von 120 Mio m³ verwendet (Anmerkung: bezüglich Gewässersituation kann eigentlich nur ein Lokalausgang brauchbare Daten liefern, besonders wichtig bei Niedrigwasserführung!). Was schon makaber in Hinblick auf die Fukushima-Katastrophe erscheint: für den Notfall stehen bloß einige 1000 m³ Wasser aus Feuerwehrlöschteichen zur Verfügung!

Es soll auch ein Gegen-Gutachten geben, in dem vom Ausbau der Atomanlage Dukovany aufgrund der zu geringen Wasserführung des Flusses Jihlava

abgeraten bzw. eine Rohrleitung zu einem nächstgelegenen Fluss überlegt wird. Aktuelle Gutachten mit Stellungnahmen sollen bis zum Frühjahr 2019 vorliegen.

Dukovany-Betreiberfirma kauft Zustimmung!

Gibt es Transferzahlungen an Anrainergemeinden in unmittelbarer Nähe des AKW Dukovany und wenn ja in welcher Höhe?

Zugegeben wurden großzügige Geldflüsse für Anrainergemeinden für soziale- und gemeindeeigene Einrichtungen (Anmerkung: Betreiberfirma CEZ als „Wohltäter“). Auf die Höhe der Zuwendungen wurde keine Antwort gegeben.

Von Seite der AKW-Betreiberfirma CEZ wurde nicht auf die Möglichkeit von dezentraler Energieversorgung eingegangen. Es wurde von einem Vertreter der Alternativenergie die Einladung zur Eröffnung einer Bürgersolaranlage ausgesprochen.

Albtraum von der Energie-„Autarkie“ und verseuchten Lebensmitteln!

Die behauptete Energieautarkie für Tschechien wird mit dem Hinweis auf 20 Uranlieferanten weltweit ad absurdum geführt.

Ebenso kann die Verwendung von verstrahltem Weizen 30 Tage nach einem Atomunfall nicht der Volksberuhigung dienen. Nach dem Verursacherprinzip würde für Schäden von verstrahlten Lebensmitteln theoretisch die Versicherung des AKW- Betreibers CEZ und der Tschechische Staat aufkommen. „Entschädigungs“-Zahlungen, sofern sie überhaupt den Schaden beheben können, dauern erfahrungsgemäß aber Jahre ...

Bayer + Monsanto = Bayer

Da nun die **Zusammenführung von Bayer und Monsanto** von allen Kartellgremien genehmigt ist und vollständig existiert, hat man sich entschlossen den extrem skandalbelasteten Namen Monsanto aus dem Firmennamen zu verbannen und nur mehr unter dem Namen Bayer zu agieren. Der Name verschwindet, die Giftprodukte bleiben. Das Image der grausigen Glyphosat- und Chemiebude Monsanto soll verschwinden und die glorreiche Name Bayer mit der weißen Weste des Aspirinspenders soll leuchten. Was soll schon rauskommen, wenn zwei Giftküchen fusionieren? Eine noch größere Giftküche.

Dass sich diese beiden Konzerne in Grauslichkeiten kaum unterschieden haben können Sie im Artikel *„Die Saat der Bösen“ nachlesen – siehe: www.atomgegner.at, Aussendungen, April 2017.*

Richtig zum Wegwerfen

Ein höherrangiger McDonald's-Verantwortlicher sagte entlarvend zum Müllproblem: Die Jugend müsse lernen „richtig wegzuerwerfen“.

Damit hat er seine Geisteshaltung ungewollt entlarvt. Es geht nicht um Müllvermeidung, nicht um Ressourcenschonung, sondern wie eben in der auf Profit ausgerichteten Wegwerfgesellschaft üblich, ums Wegwerfen.

Je schneller, je mehr, weggeworfen wird, desto besser. „Richtig“ sollte es halt sein, dann wäre es „ökologisch“, sprich, dann verdient die Industrie an dem von ihr produzierten kurzlebigen Dreck nochmals, durch Recycling. Wir sammeln, sie profitieren – und die Müllberge wachsen weiter, die Umweltverschmutzung und der katastrophale Klimawandel nehmen weiter zu.

Tausche AUVA gegen Radpanzer

Nulldefizit auf Kosten der Bürger

Die Kluft zwischen den Herrschenden und uns vertieft sich rasant. Die derzeitige Regierung ist so weit weg von der Wirklichkeit und dem Leben von uns, als säße sie auf dem Mond, und betreibt die Erweiterung dieser Kluft mit gnadenloser Konsequenz, so, als ob sie das „Volk“ gar nicht mehr brauchen würde: Sie kürzt die Arbeit von AK und AUVA, erhöht Selbstbehalte im Gesundheitssystem, verweigert Rehabilitationen, und kann dadurch ein Nulldefizit auf unsere Kosten verkünden. Mit dem auf unsere Kosten ersparten Geld werden unter anderem für das Bundesheer neue Radpanzer angeschafft! Das ist der größte Rüstungsauftrag des Österreichischen Bundesheeres der letzten zehn Jahre! Wozu? Um uns in Schach zu halten, wenn wir uns die Kürzungen und andere Zumutungen nicht mehr gefallen lassen und aufbegehren? Inzwischen – Kriegsgerät muss ja eingesetzt werden, sonst verrostet es – sollen die Radpanzer im Zuge der „Partnerschaft für den Frieden“ in Afrika und auf dem Balkan „tätig“ werden! Das ist ein glatter Bruch der Neutralität, auf Kosten derer, die gezwungen sind, auf Behandlungen und Medikamente zu verzichten!

Ministerpferde



*Besser Steckenpferde als
Pozilei-Pferde!*

Die türkis-blaue Regierung beschließt im direkten Auftrag der Wirtschaft: Gesetz zum „organisierten Sozialbetrug“!

Im Juni 2018 beschloss die Regierung das neue „Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping“ (LSD-BG). Das Gesetz bringt der Industrie, den Unternehmern Millionen Euro mehr Gewinn auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Bis jetzt zahlte ein Unternehmer, wenn er einem Arbeitnehmer weniger Lohn ausbezahlte als ihm per Vertrag zusteht, pro Fall eine Strafe. Waren z.B. hundert Beschäftigte in einem Betrieb von einer Lohnunterschreitung betroffen, so drohen derzeit Strafen von 100 Mal 4.000 Euro bis 50.000 Euro d.h. zwischen 400.000 und 5 Millionen Euro. In Zukunft soll der Strafraum für ebensolche 100 Fälle von Lohnunterschreitung insgesamt nur zwischen 4.000 und 50.000 Euro liegen. Das heißt, er zahlt nur 1-Hundertstel der Summe, die er nach dem geltenden Gesetz zahlen müsste! Ein riesiges Geschenk an die großen Unternehmen, an die Reichen.

Auch Sozialbetrug belohnt die neue Regierung nun bei der Wirtschaft! Gewerblicher Sozialbetrug wird in Zukunft ein „Bagatelle-Delikt“. Das heißt: Meldet ein Unternehmer ArbeiterInnen nicht bei der Sozialversicherung an, dann musste er bis jetzt **pro Arbeitnehmer** eine Verwaltungsstrafe zahlen. Laut dem neuen Gesetz gibt es bei Nicht-Anmeldung eine

„Deckelung“, d.h. egal, wie viele ArbeitnehmerInnen ein Unternehmer nicht anmeldet, die Strafe wird in Zukunft nie höher ausfallen als das Fünffache der täglichen Höchstbeitragsgrundlage, das ist in der Größenordnung von rund 885 Euro! **Egal, ob ein Unternehmen zwanzig, hundert oder tausend ArbeitnehmerInnen nicht anmeldet, er zahlt nur 885.- Euro!** „Davon profitieren natürlich vor allem große Unternehmen. Sie müssen nur die neue gedeckelte schwarz-blaue Sozialbetrugspauschale bezahlen“, kritisiert SP-Sozialsprecher Muchitsch. „Die Regierung unterstützt damit per Gesetz organisierten Sozialbetrug. Je mehr Betrugsfälle in einem Unternehmen, desto billiger wird es für den Unternehmer. Ein Schlag ins Gesicht für alle anständigen und seriösen Unternehmen.“

Und noch ein Beispiel für legalen Sozialbetrug: Bisher musste ein Großunternehmen, wenn es wegen Arbeitszeitüberschreitung das Arbeitszeitgesetz brach, z.B. bei 200 Arbeitern ca. 14.000.- Euro Strafe bezahlen, nach dem neuen Gesetz gibt es nur eine Mindeststrafe von 72.- Euro!

Die erwähnten Gesetzesänderungen (plus 12-Stunden Tag usw.) sind der massivste Angriff auf die österr. Werk-tätigen in der II. Republik im Interesse der großen Unternehmen, im Interesse der Reichen.

Generalverdacht gegen jeden Sozialversicherten!

Die Realität ist, immer mehr Werktätige gehen krank zur Arbeit. Jetzt sollen die Unternehmer noch ein weiteres Machtmittel in die Hand bekommen, um den Druck gegen die Werktätigen zu erhöhen: man möchte festschreiben, dass man im Krankenstand vermehrt von einem Detektiv "besucht" wird.

Wo sind die Detektive wenn es um die Milliarden Rückstände der Unternehmen bei der Sozialversicherung geht? Das sind Gelder, die durch unsere Arbeit erwirtschaftet wurden, die der Unternehmer direkt an die Sozialversicherung abführen muss.

Man muss sich nur vorstellen, diese Androhung kommt mit den Plänen für einen 12 Stundentag. Es wird unweigerlich die Belastung am Arbeitsplatz dermaßen gesteigert, dass viele dem Druck nicht standhalten können und von der Arbeit krank werden.

Gleichzeitig wird das „Mystery Shopping“ eingestellt. Hier waren Ermittler tätig, um die Abrechnungen der Ärzte mit der Krankenkasse zu überprüfen.

**Die Regierung misst mit zweierlei Maß:
Arbeitnehmer sind potenzielle Betrüger,
Unternehmer sind Heilige!**



Nur 2% wollen mehr + länger arbeiten!

Das ergab die AKOÖ-Arbeitsklima-Index-Umfrage (7.200 Befragte in den vergangenen 1 1/2 Jahren).

Regierung macht Politik für 2% - gegen 98%!

Die das nicht wollen laden wir zur Mitarbeit ein.
Bitte melden unter: ggae@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen. Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen. Wer unsere Auffassungen teilt, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie
und Krieg



Spenden-Konto

Einzahlungen: mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

EmpfängerIn: Gewerkschafter gegen
Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien. „Sponsoringpost“ GZ02Z030950 S – ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN:** AT19 6000 0101 1022 7650 **BIC:** BAWAATWW

EmpfängerIn: Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende